

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948**

7 (19.1.1948)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 2.—, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM 0.20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.00 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenpr.: Die 35 mm br Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.80, Pforzheimer Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtausgabe RM 2.—, Anzil. Anzeigen 50% Nachlag.

2. Jahrgang / Nummer 7

Montag, den 19. Januar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

## Welt-Rundschau

Washington, (AP) Außenminister Marshall erklärte vor dem amerikanischen Kongress, das Europa-Währungsprogramm sei keine militärische Maßnahme für die Vereinigten Staaten im Austausch gegen die wirtschaftliche Unterstützung der europäischen Länder vor.

Philadelphia, (Dena-NS) General Dwight Eisenhower sprach sich am Freitag mit dem 12. Jahrestage der Geburt Benjamins Franklin für eine amerikanische Hilfe für Europa aus und brachte erneut die Übersetzung zum Ausdruck, daß in den Vereinigten Staaten eine allgemeine militärische Ausbildung eingeführt werden müsse.

Pearl Harbor, (AP) Die Pazifik-Insel Jap wurde am Freitag von einer ungeheuren Flutwelle überschwappt, die ein Tausend von hundertschiffen Kometen-erdrüttend auslöste. Die Flutwelle wurde durch die Ausbreitung der Seebeben im Pazifik verursacht.

New Delhi, (Dena-NS) Mahatma Gandhi, geistliche Oberhaupt von über 300 Millionen indischer Moslems, erklärte am Samstag, dem fünften Tag seines Fastens zur Befreiung der Ostlichen Unruhen, in einer Botschaft, die in einer Gebetsstunde verlesen wurde: „Ich lege so gut wie auf meinem Totenbett.“

London, (AP) Eine britische Korvette wird sich laut Mitteilung der britischen Admiralität in Kürze auf „Übungsfahrt“ in die Antarktis begeben, und wenn die Eiseverhältnisse es gestatten, weiter nach Süden vorzustoßen als jemals zuvor ein britisches Kriegsschiff.

London, (Dena-NS) Die „Daily Mail“ meldete am Freitag aus Rawalpindi, wenn nicht ein Wunder geschehe, werde in wenigen Wochen der Krieg zwischen Indien und Pakistan ausbrechen. Flusze der Royal Airforce stünden in Karachi bereit, um die Korporal aus den gefährdeten Gebieten zu evakuieren.

Paris, (Dena-NS) Frankreich hat ein Einreiseverbot für Staatsangehörige der sowjetischen Satellitenstaaten nach Frankreich verhängt. Das Verbot bezieht sich auf Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, die Tschechoslowakei und Polen.

Athen, (AP) Um die Stadt Platona zu zerschlagen Mittelgriechenland entbrannte am Samstag eine heftige Schlacht.

Bagdad, (AP) Aus Protest gegen den soeben abgeschlossenen englisch-irakischen Vertrag streikten am Samstag die Studenten von sechs Hochschulinstituten in Bagdad.

Bangkok, (Dena-Neuter) Der jugendliche König von Siam, Ananda Mahidol, fiel am 8. Juli 1946 einem Mordanschlag zum Opfer, wie der Vorsitzende der Untersuchungskommission am Freitag dem siamesischen Parlament berichtete.

Kapstadt, (Dena-Neuter) Der Generalgouverneur von Südafrika, Olmstead Brand van Zyl, gab bei der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des südafrikanischen Parlaments die Entscheidung „betrieblischer Uranvorkommen“ in Südafrika bekannt.

Peiping, 18. Jan. (AP) Die chinesische Lufttransportlinie Claire Chennault gab bekannt, daß das zum befristeten Strecken in der nächsten Woche 700 Personen mit Flugzeugen evakuiert werden

## Englands Sorge um Deutschland

Erste Mahnung Großbritanniens an USA — Sofortige Beschleunigung der Lebensmitteltransporte

Washington, 18. Jan. (Dena-Neuter) Britische Beamte haben, wie aus maßgeblichen Kreisen bekannt wird, das amerikanische Außenministerium von der großen B-sorgnis Großbritanniens über die gegenwärtige Lage in Deutschland in Kenntnis gesetzt und die USA zu jeder möglichen Mitarbeit aufgefordert, um entsprechende Maßnahmen zur Abhilfe zu treffen. Die britischen Beamten weisen darauf hin, die beste Lösung wäre eine Beschleunigung der amerikanischen Transporte von Weizen und anderen Lebensmitteln in die Binnzone. Die Beamten ersuchten gleichzeitig um eine Prüfung dieser Möglichkeit. Es wird erwartet, daß der britische Botschafter in Washington, Lord Inverchapel im Laufe der Woche persönlich diese Angelegenheit mit Außenminister Marshall besprechen wird. Inzwischen sind amerikanische Beamte von der persönlichen starken Beunruhigung des britischen Außenministers Ernest Bevin über die Situation, die nach Ansicht Washingtoner Kreise zu ernstlichen Rückschlüssen in ganz Westeuropa führen und den Fortschritt des Marshall-Plans ungünstig beeinflussen kann, unterrichtet worden.

Die britischen Beamten betonen die Tatsache, daß die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung in dem deutschen Notgebiet bei Großbritannien liegt, während es andererseits an den Amerikanern sei, einen großen Teil der Lebensmittel für diese Gebiete zu importieren. Es besteht die Hoffnung, daß der vor kurzem bekanntgegebene Plan zum Ausgleich der Lebensmittel in Deutschland erstere Entwicklungen im Ruhrgebiet verhindern kann, aber die sofortige Beschleunigung der Lebensmitteltransporte nach Deutschland wird hier als ein positiver Weg angesehen, um das Problem zu lösen. Es wird angenommen, daß die amerikanischen Behörden im Laufe der Woche die Möglichkeit prüfen werden, vordringend die für andere Gebiete vorgesehenen Lieferungen umzulenken, um eine solche Beschleunigung zu erzielen.

### Warnung aus Amerika

New York, 18. Jan. (Dena-Neuter) General Omar Bradley, der in diesem Jahre den Posten General Eisenhower als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte übernehmen wird, erklärte in einer Rede, die Vereinigten Staaten würden dem Unglück zusteuern, wenn sie Europa in unzureichendem Maße oder zu spät helfen würden. Die Geschichte habe bewiesen, daß ein Versäumnis, anzuzerkennen, daß eine Krise zu handeln, stets die Ursache von Katastrophen gewesen sei. Es gebe keine Gnade und keine zweite Chance, wenn eine Nation aus Verzweiflung dem Totalitarismus in die Hände falle. „In diesem revolutionären Zeitalter haben wir keine Garantien für den schließlichen Triumph der Menschenrechte über den absoluten Staat“, führte Bradley hinzu. „Wir können es uns nicht leisten, bei der Sicherung der Freiheiten aller freien Völker weniger wachsam zu sein

als bei dem Schutz unserer eigenen. Das amerikanische Volk vertraut seine Sicherheit den bewaffneten Streitkräften an und diese Streitkräfte sind es, die heute über der Welt wachen und die Stärke unserer Nation in der Verteidigung der Menschheitsrechte repräsentieren.“

### Das „Protokoll M“

Frankfurt, 18. Jan. (Dena) Amerikanische Kreise in Frankfurt sind bereits seit einigen Tagen im Besitz des sogenannten „Protokoll M“, wird aus zuverlässiger Quelle bekannt. Der vorliegende volle Text unterliegt einer eingehenden Überprüfung durch die amerikanischen Stellen, die jedoch von dem Dokument weniger beeindruckt seien als die maßgeblichen britischen Behörden.

London, 18. Jan. (Dena-Neuter) Abschriften des „Protokoll M“ hätten in den Vereinigten Staaten und in Frankreich bereits vor seiner Veröffentlichung im „Kurier“ vorgelegen, erklärte ein Sprecher des britischen Außenministeriums. Neue Informationen über die Herkunft des Textes, sagte der Sprecher, hätten das britische Außenministerium mehr als zuvor von dessen Echtheit überzeugt. Der Sprecher erklärte, der Plan werde als das Werk der KPD in den Westzonen angesehen, lehnte es jedoch ab, irgendwelche Angaben über seine Auffindung oder Urheberhaft zu machen. Der Plan wird gegenwärtig von hohen Stellen des britischen Außenministeriums geprüft. — Es ist noch nicht entschieden, ob die britischen Behörden irgendwelche Maßnahmen gegen die KPD zu ergreifen beabsichtigen, oder ob die

Angelegenheit von der Regierung erteilt werden wird.

### US-Luftstützpunkt in Libyen

Kairo, 18. Jan. (AP) Die Zusage Englands, den Flugplatz Mellaha bei Tripolis den Amerikanern zur Verfügung zu stellen (siehe Meldung in SAZ Nr. 6), gilt zunächst solange, wie die Zukunft Libyens noch nicht geregelt ist. Die Außenminister der großen Vier werden bis zum 15. September ihre Entscheidung treffen, was mit der ehemaligen italienischen Kolonie geschehen soll.

### Kanal-Tunnel-Projekt

Paris, 18. Jan. (AP) Englisch-französische Besprechungen über den Bau eines Kanaltunnels zwischen England und Frankreich wurden am Sonntagabend in Paris aufgenommen. Wie der technische Direktor der gemeinsamen Tunnelkommission erklärte, sei der für Eisenbahn- und Straßenverkehr vorgesehene Tunnel in einer Länge von etwa 44 km das Cap-Griz-Nez an der französischen Küste mit Folkestone an der englischen Küste verbindend. Das Projekt, für dessen Bau annähernd 100 Mill. Pfund (200 Mill. Dollar) veranschlagt werden, sieht zwei Autofahrerbahnen und zwei Schienenstränge der Eisenbahn sowie Rohrpostleitungen, künstliche Heilung, Beleuchtung und Lüftung vor. Der Tunnel soll etwa 18 m unter dem Meeresspiegel und zwischen 5 und 13 m unter der Meeresoberfläche liegen, so daß er im K-feld gegen die meisten Angriffen und selbst gegen die Wirkungen einer unter Wasser detonierenden Atombombe gesichert ist.

## Fettverzicht für Rhein-Ruhr-Gebiet

Hilfeleistung an Nordrhein-Westfalen — Statt Fett die doppelte Zuckermenge in der 111. Periode

Düsseldorf, 18. Jan. (Dena) Die Vertreter der Ernährungsminister der Binnzone haben bei dem geschäftsführenden Gouverneur von Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit dem Vertreter des bizonalen Verwaltungsrates für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der NRW-Landesregierung über die Ernährungslage in Rhein und Ruhr beraten. Nach Schluß der Beratungen wurde ein Kommuniqué ausgegeben, in dem es u. a. heißt:

Alle Länder der Binnzone verzichten für die 110. Zuteilungsperiode auf die Hälfte der geltenden Fettration, einschließlich der Zulagen. Die daraus entstehenden Einsparungen dienen dazu, um die Fettration in NRW, die in der 104. und 109. Zuteilungsperiode entstanden sind, abzudecken und Nordrhein-Westfalen dadurch die Möglichkeit zu geben, in der 110. Zuteilungsperiode die Befreiung der Hälfte der Fettration wie in den übrigen Ländern durchzuführen. In der 111. Zuteilungsperiode verzichten sämtliche Länder der Binnzone auf Zuteilung von Fett unter der Voraussetzung, daß statt dessen die doppelte Menge an Zucker ausgegeben wird.

### Eine verzweifelte Situation

Frankfurt, 18. Jan. (Dena) Für die Fettversorgung der Binnzone im ersten Halbjahr 1948 fehlt rund ein Viertel der erforderlichen Menge, wenn die gegenwärtige Ration von 110 Gramm pro Zuteilungsperiode aufrechterhalten werden soll, gab der Vorsitzende des Exekutivrates des Zweizonenwirtschaftsrates, Staatsrat Dr. Gebhard Seelos auf einer Pressekonferenz bekannt. Für die 111. Zuteilungsperiode stehen bis jetzt 300 Tonnen Fett bereit, während sich der Bedarf bei den gegenwärtigen Rationen auf rund 1400 Tonnen beläuft. Da noch Rückstände aus den letzten drei Perioden in Höhe von 400 Tonnen nachgeliefert werden müßten, könne in der nächsten Periode praktisch kein Fett ausgegeben werden. Es stehe jedoch noch nicht fest, ob die Fettration bereits in der 111. Periode gekürzt werden müsse. Beabsichtigt sei, die Fettrückstände durch Ausgabe

von Zucker auszugleichen, wozu jedoch die Genehmigung der Militärregierung noch nicht vorliegt. Es müsse jedenfalls gerechnet werden, erklärte Seelos weiter, daß die gegenwärtigen Fettrationen, die ohnehin nur 8 Prozent des normalen Friedensverbrauches ausmache, nicht aufrechterhalten werden könnten.

Staatsrat Seelos verlas dann eine Reihe von Fettangeboten — zwei davon in unbegrenzter Höhe — die der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft aus der Schweiz, Griechenland, Großbritannien, Norwegen, Uruguay und Argentinien zugegangen sind. Er betonte, daß man die Alliierten bitten müsse, Devisenbeträge für den Einkauf von Fett freizugeben. „Ich kann hier offen sprechen“, sagte Staatsrat Seelos, „denn wir sind allmählich in einer verzweifelt Situation.“

### Nur 200 Gramm Fleisch

In der kommenden Periode könnten vorläufig nur 200 Gramm Fleisch ausgegeben werden, doch sei geplant, die Ration grundsätzlich auf 400 Gramm zu halten. Die Brotration sei ebenfalls nicht endgültig festgesetzt, da noch keine Entscheidung über den Umfang des Kartoffel-Brot-Ausgleiches gefaßt sei. Die Verwaltung für Ernährung wisse noch nicht, ob sie in der 111. Periode 10 000 Gramm Brot ausgeben könne.

### Bayern verzichtet auf halbe Fettration

München, 18. Jan. (Dena) Der bayerische Ministerpräsident beschloß in seine Sam-

## Kamm besteht auf Rücktritt

Stuttgart, 17. Jan. (Eig. Ber.) Um den über die Demission des württembergischen Befehlshabers kursorierenden Gerüchten auf den Grund zu gehen, bat ein Minister Kamm um ein Interview. Der Minister erklärte unserem Korrespondenten, daß er nach wie vor sein Rücktrittsgesuch aufrechterhalte. „Ich will die Verfassung nicht brechen“, so begründete der Minister die Tatsache, daß er noch amtiert. Die Verfassung verlange, daß ein Minister so lange seine Tätigkeit ausüben hat, bis der Ministerpräsident ihn hiervon entbindet. Soweit ihm bekannt sei, hätten die Parteien noch keinen dem Ministerpräsidenten geeigneten erscheinenden Nachfolger für sein Amt nominiert. Vorausgesetzt, daß er in seiner Stellung verbleibe, erklärte weiter der Minister, würde in Württemberg-Baden bis Ende 1948 die gesamte Entnazifizierung abschließend der Berufungsverfahren abgeschlossen werden können. Nach dem Schluß des Ministeriums nach Beendigung der Gesamtentnazifizierung gefragt, erklärte Gottlob Kamm, daß ihm nichts darüber bekannt sei. Auch über eine eventuelle Umwidmung der Behörde in ein weiteres Ministerium für Sonderaufgaben sei noch nicht gesprochen worden. — 12.

## Lafollette vor Arbeitervertretern

Stuttgart, 18. Jan. (Dena) Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. Lafollette, empfing Vertreter des Bundesverbandes des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden zu einer Aussprache. Lafollette erklärte bei der Besprechung, er werde bestrebt sein, in seiner amtlichen Stellung die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen zu fördern.

## In der 3. und 4. Woche Fleisch

Stuttgart, 18. Jan. (Dena) In Württemberg-Baden wird in der 3. und 4. Woche der 110. Zuteilungsperiode Fleisch ausgegeben, wie das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft für Württemberg-Baden entgegen anders lautenden Meldungen am Samstag mitteilte.

Stuttgart, 18. Jan. (Dena) Über die nach der Döseloder Konferenz in Württemberg-Baden entstandene Lebensmittellage werden der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Ernährungsminister Heinrich Spöck heute beraten. Dabei soll geprüft werden, ob in Württemberg-Baden für die vierte Woche der 110. Zuteilungsperiode Rationalkürzungen notwendig sein werden. Für den Fall, daß in der 111. Zuteilungsperiode kein Fett ausgegeben werden kann, sei Württemberg-Baden in der Lage, als Ersatz eine doppelte Zuckerration auszugeben.

## Wiedergutmachung in Württemberg-Baden

Für 4 Mill. RM Entschädigungen — Rückersatzfälle gütlich beigelegt

Stuttgart, 17. Jan. (Eig. Ber.) In Württemberg-Baden ist die Wiedergutmachung an den rund 10 000 Opfern der Gewalt Herrschaft der Justizverwaltung übertragen worden. Daher wurde eine besondere Abteilung des Justizministeriums als Generalanwaltschaft für die Verfolgten geschaffen, die als Außenorgan den Öffentlichen Anwalt für die Wiedergutmachung bei allen Amtsgerichten hat. So nicht ohne wirksame, mit dem Ansehen der Justiz ausgestattete Organisation zur Verfügung, die den Verfolgten in allen Lebenslagen zur Seite steht und namentlich die zahlreichen Vorrangrechte, die ihnen in Gesetz und Verordnungen zurkannt sind, in Einzelfällen bei den zuständigen Stellen geltend macht. Die Gewährung von Entschädigungen hat die Justiz in eigene Verwaltung übernommen, wofür sie sich zweier Landesmittelbehörden in Stuttgart und Karlsruhe bedient. Dabei bot sich als Vorbild aus der Justizsphäre die Entscheidung für unendlich erlittene Unterdrückung an. A's Mißstand wird empfunden, daß die Finanzlage noch nicht gestattet, Entschädigungen völlig unabhängig von der Bedürftigkeit zu gewähren, so daß der Entschädigungsanspruch noch nicht den vollen Charakter eines Rechtsanspruches hat. Auf G und der bisherigen Bestimmungen wurden schon 4 Mill. RM ausbezahlt. Die Justizverwaltung hat aber auch nicht davor zurückgeschreckt, die Entschädigungsleistungen dadurch zu verbessern, daß sie im Wege eines Staatsauftrages für 2 1/2 Mill. RM Hausrat und Kleidung für die Verfolgten beschafft hat.

Bedauerlich war die Ablehnung eines deutschen Rückersatzgesetzes durch die Militärregierung, denn in Württemberg-Baden waren schon seit dem Sommer 1947 an 600 Stellen der künftigen Rückersatzungs-Kammern Schlichter für Rückersatzungssachen ein-

gesetzt, und es waren bereits eine große Anzahl von Rückersatzungsfällen der gütlichen Erledigung zugeführt.

Die zuständigen Stellen sind bestrebt, die Rückersatzung nicht den Charakter einer klaren Justizsache nehmen zu lassen, indem die Militärregierung — ähnlich wie bei der Entnazifizierung — in einem nichtöffentlichen Verwaltungsverfahren die Gerichtsurteile nachprüft. Es wäre wünschenswert, daß die Nachprüfung einem echten Gerichtshof evtl. mit amerikanischen Richtern übertragen wird. Regierung und Landtag sind sich darin einig, das geschwebene Unrecht, mittels guter Wille und staatliche Mittel vermögens, rasch und gründlich wieder gutzumachen und die Widerstrebenden von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen. — 12.

## Kampf der CDU in der Sowjetzone

Kaiser und Lemmer Legitime Verantwortungsträger der echten CDU\*

Berlin, 18. Jan. (Dena) Es sei eine Sünde an der Demokratie, über den Willen von 80 Prozent der CDU-Mitglieder in der sowjetischen Zone hinwegzugehen und mit ein paar gefügigen Funktionären eine neue CDU schaffen zu wollen, erklärte Jakob Kaiser auf einer CDU-Versammlung im französischen Sektor. Ernst Lemmer und er selber blieben trotz allem nach wie vor „die legitimen Verantwortungsträger der echten CDU“, die auch heute in der Sowjetzone noch auftritt. Kaiser forderte noch im Januar einen Parteikongress, falls dieser Termin nicht genehmigt werde, wisse alle Welt, was im Grunde auch heute schon vielen klar sei, nämlich, daß sich ein paar gefügige Außenseiter außerhalb der CDU gestellt hätten. Die CDU strecke ihre Hände nach Osten und Westen aus, könne aber die nach Westen gerichtete nicht in die Tasche stecken, weil der Osten die

Hand eines aufrechten Demokraten augenblicklich verschmähe.

Das Vertrauen, das die sowjetische Besatzungsmacht der SED geschenkt habe, sei bei der Gleichheit der Ideen weit verstanden. Für das deutsche Volk jedoch sei die SED nach allen Erfahrungen keine Partei, die Gewähr für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit biete. Abschließend bezeichnete Jakob Kaiser die Frankfurter Beschlüsse als eine unvermeidbare Notlösung, die nicht so sehr eine Gefahr für den deutschen Zusammenhalt bedeute, als die diffamierende Propaganda, die von der SED um die Frage der Umorganisation des bizonalen Wirtschaftsrates entfesselt werde. Vierzig Millionen Menschen könnten nicht zum Abwarten verurteilt werden, weil eine Verständigung unter den Besatzungsmächten nicht zustande käme.

## Deutschland-Rundschau

### Verlehte Westzonen

Stuttgart, Um einen vergleichenden Überblick über die Tätigkeit der amerikanischen Militärregierungen in Europa und dem Fernen Osten zu gewinnen, weil augenblicklich Mr. William Teening, Mitglied des US-Parlaments, bei der Militärregierung für Württemberg-Baden. — 12.

Stuttgart, (Dena) Der südbadische Staatspräsident Dr. Leo Wohleb stattete dem württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maier am Freitag einen Besuch ab. In dessen Verlauf die beiden Regierungschefs eingehend Fragen, welche die gegenwärtige Lage an der binnzone der amerikanischen und der französischen Besatzungszonen stellt, erörterten.

Nürnberg, (AP) Die Verteidiger im Prozess gegen Alfred Krupp verließen am Freitag geschlossen den Gerichtssaal am Protest gegen die Ausweisung ihres Kollegen Dr. Arno Schiffl, der auf Anordnung des den Vorsitz führenden Richters Edward J. Daly den Saal verlassen mußte, nachdem er wiederholt verzicht hatte, eine bereits vom Gerichtshof zurückgewiesene technische Einzelheit erneut zur Debatte zu stellen. Die Verhandlung wurde ohne Verteidiger fortgesetzt.

Heidelberg, (Dena) Bisher unbekanntes Täter stahlen, wie das Constabulary Hauptquartier hier bekanntgab, am letzten Wochenende in Mannheim Reifen und Autoräder im Werte von 1300 Dollar aus einem Armeelager.

Darmstadt, (Dena) Der frühere Gau-erzfürer des Gaues Hessen-Nassau und

### Kreisleiter des Kreises Meiningen

Dr. Reinhold wurde vor einer Spruchkammer des Interniertenlagers Darmstadt in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und auf die Dauer von 8 Jahren in ein Arbeitslager verwiesen. Sein gesamtes Vermögen wurde beschlagnahmt.

Warburg, (Dena) Ein unter italienischer Bewachung stehender Transport mit 400 aus Italien heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen, 400 ausgewiesenen Zivilisten und 50 ehemaligen Wehrmachtsoffizieren passierte in den letzten Tagen das Flüchtlingslager Warburg.

### Vierzonenstadt Berlin

Berlin, (AP) Die von deutschen Kriegsgefangenen während ihrer Gefangenschaft in den USA nach Deutschland versendeten Pakete sollen künftig durch den Heimkehrer-ausschuß beim Hauptsozialamt des Berliner Magistrats zur Ausgabe gelangen.

Berlin, (AP) Der ehemalige amerikanische Kriegsminister Harry H. Woodring traf am Sonntag von Frankfurt kommend auf dem Luftwege in Berlin ein. Er befindet sich auf einer privaten Europareise.

Berlin, (Dena) Die 10-jährige Anna Schwarz, die am Donnerstag wegen Diebstahls zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erklärte in der Verhandlung, sie habe den Diebstahl nur begangen, weil sie ins Gefängnis wollte. Seit langem schon habe sie weder Arbeit noch Wohnung und müsse in Ruinen und Kellerkammern übernachten.

